

Beiförderungszeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Heilige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Mk. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 10 Mk. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeinbeziehungs-Girokonto Nr. 3. — Postkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die teuerste Seite des Beiförderungszeitung ist im unteren Teil (nur vom Beobachter) die Seite 20 Mk. — Girokonto und Reklame: 20 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 204

Freitag den 1. September 1922

88. Jahrgang

Bekanntmachung.

Die Deputate der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer sind beim Steuerabzug vom Arbeitslohn

vom 1. September 1922 ab

mit folgenden Werten zu berücksichtigen:

1 Zentner Kartoffeln	350 M.
1 Zentner Getreide	1600 M.
1 Liter Milch	14 M.
1 Ei	7 M.
1 Pfund Butter	140 M.
1 Zentner Stroh	200 M.

Ein gemästetes Schwein ist mit 8000 M. für den Zentner Lebendgewicht zu bewerten.

Dresden, am 26. August 1922.

Das Landesamt.

Abteilung für Beförderungs- und Verkehrssteuern.

Dr. Hoch.

Betr. laufende Teuerungszuschüsse an militärversorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Die in der Bekanntmachung des Bezirksamts vom 31. 7. 1922 unter Ziffer 1 und 2 veröffentlichten Sätze der laufenden Teuerungszuschüsse erfahren mit Wirkung ab 1. 9. 1922 folgende Erhöhungen:

1. Für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50—80 v. H.

von 500 M. auf 800 M.

Für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H.

von 750 M. auf 1200 M.

Für einen Schwerbeschädigten, der nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb ausüben nicht imstande ist von 1000 M. auf 1600 M.

Für eine Witwe von 500 M. auf 800 M.

Für eine Witwe, die nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb ausüben nicht imstande ist von 700 M. auf 1200 M.

Für eine väterlose Waise von 250 M. auf 400 M.

Für eine elternlose Waise von 300 M. auf 500 M.

Für einen Elternteil von 300 M. auf 600 M.

Für ein Elternpaar von 500 M. auf 1000 M.

Außerdem erhält der Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, neben dem Teuerungszuschuß für jedes Kind statt 200 M. 350 M.

2. Für Empfänger eines Uebergangsgeldes von 450 M. auf 800 M.

Für Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe von 450 M. auf 800 M.

Für Empfänger eines Haushaltungsgeldes von 450 M. auf 800 M.

und, wenn Haushaltungsgelder für Kinder zu sorgen haben, erhalten sie neben dem Teuerungszuschuß für jedes Kind statt 200 M. 350 M.

3. Die Einkommensgrenzen, bei denen die Teuerungszuschüsse nur zur Hälfte gezahlt werden dürfen oder ganz wegsallen, erhöhen sich entsprechend den erhöhten Teuerungszuschüssen.

Dippoldiswalde, am 29. August 1922.

Bezirksamt für Kriegersfürsorge.

Der Gütesicherer Carl Gustav Donath in Vorlos ist heute als Friedensrichter für Vorlos auf die Zeit bis 30. September 1923 an Stelle des verstorbenen Friedensrichters Thomas in Pflicht genommen worden.

V. Reg. 21/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 28. August 1922.

Verteilliches und Sachsisches

Dippoldiswalde. Im Jahre 1920 sind im Bezirk des Brandversicherungsamtes Dippoldiswalde überhaupt 73 Versicherungsfälle vorgekommen, die eine Schädenvergütung von 170 720 Mark in den Städten, 110 092 Mark in den Dörfern beanspruchten; in 9 Fällen in letzteren wurden 116 770 Mark an Bauunterstützungen nach dem Gelege vom 30. Juni 1919 gewährt. Der Entstehungsfürsache der Versicherungsfälle nach kommen auf mutmaßliche vorstehende Brandstiftung in Städten und Dörfern je 3, erwiesene Fahrlässigkeit beim Gebrauch von Streichholzchen 1 in D.; erwiesene, je 1, und mutmaßliche, je 3, Fahrlässigkeit beim Gebrauch von Feuer und Licht; mangelhafte erwiesene, 2 St., 1 D., und 3 mutm. mangel. Feuerungsanlagen und Schornsteine; mutmaßlicher sonstiger Gebrauch von Feuerungsanlagen 1 D.; elektrische Beleuchtungs- und Kraftanlagen 1 D.; Selbstentzündung 1 St.; Blitzausfall, zündende 7 D., halbe 4 St., 37 D.; unabwendbare Zufälle und außergewöhnliche Ursachen 1 D.

Im ganzen Freistaat wurden 1920 in 3800 Fällen 19 185 217 Mark Entschädigung für die Gebäude-Versicherung gezahlt.

— Tagesordnung für die 19. Sitzung der Stadtverordneten Freitag den 1. September 1922 abends 7 Uhr. Öffentliche Sitzung: Kenntnisnahme von einer Einladung, von der Gaspreiserhöhung, von der Erhöhung der Strompreise, von der Niederschrift über Prüfung sämtlicher Kassen durch den Verbandsrevisor, vom Ortsgeleh. und vom Ortsgeleh. über die Erhebung von Gebühren vom Gewerbebetrieb im Umberfahren. — Veränderungen an der Heizungsanlage der Stadtschule. — Heizungsanlage der Müllerschule. — Hierauf schlossenklische Sitzung.

— Die Stern-Lichtspiele warten am Freitag und Sonntag abend mit einem ganz neuen und hervorragenden Doppelprogramm ihren Besuchern auf. Neben dem holländischen Drama "Der ewige Kampf", in welchem die große Künstlerin Lotte Neumann die Hauptrolle trägt, gelangt das italienische Drama "Giocanda" zur Aufführung.

— Schwierigkeiten der Selbstständigmachung. In einer Zeitschrift des Landesamtes für Arbeitsvermittlung an die interessierten Handwerkshöreroperationen weist das Landesamt darauf hin, dass die Aussichten für angelehrte Bäcker zurzeit sehr ungünstig seien, da der Beruf mit Arbeitskräften überfüllt und zum anderen der Erwerb einer eigenen Bäckerei mit erheblichem Kapital verbunden ist. In einem Gutachten zu den hier angeführten Fragen hat der Landesausschuss des Sächsischen Handwerks bestont, dass die Aussichten auf Selbstständigmachung nicht nur im Bäckergewerbe, sondern nahezu in jedem Handwerk ungünstige seien, dieser Zustand aber nicht die Folge einer übermäßigen Lehrlingshaltung und Überfüllung sei, sondern in den ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Geldentwertung begründet liegt. Vornehmlich aus diesen Gründen und aus der ganzen Unlust unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist es heute den Inhabern von Handwerksbetrieben einfach nicht mehr möglich, derselbst auch wenn sie alt und krank sind, ihren Betrieb zu verkaufen. Diese Tatsachen im Verein mit dem Umstand, dass Neuauflagen von Betrieben äußerst selten vorkommen, bewirken doch keine Handwerksbetriebe mehr frei werden, wodurch den Gehilfen die Selbstständigmachung erleichtert würde. — Der Landesausschuss schlägt u. a. vor, dass die Regierung Mittel zur Verstärkung stellt, aus denen stehlarmen Gehilfen Dasein zur Selbstständigmachung gewährt werden können.

— In Sachsen sind bereits eine ganze Anzahl Zeitungen eingegangen oder ja einem weniger häufigen Erscheinen übergegangen. Die Not der Presse wird aber namentlich infolge der drohenden neuen ungebührlichen Papierpreissteigerungen von Tag zu Tag größer. Deshalb sehen sich jetzt, wie die Sächsisch-Böhmisches Korrespondenz von unterrichteter Seite erfährt, etwa 20 mittelsächsische Zeitungen veranlaßt, sich nach einem in Wittenberg schon seit etwa Jahresfrist bestehenden System zusammenzuschließen, um ein Weiterertheinen überhaupt noch zu ermöglichen. Die Zentralstelle dieses Konzerns wird in Görlitz sein. Man hofft, den Zusammenschluss zum 1. Oktober in Kraft treten lassen zu können. Auch in anderen Teilen Sachsens sind weitere Einschränkungen zu erwarten.

— Altenberg. Die hiesige privil. Schuhengesellschaft hat beschlossen, infolge der ungünstigen Zellverbündnisse heuer an Stelle des Zweckbündnisses ein großes Preischießen zu veranstalten. Das Schießen findet am Sonntag den 10. September nachmittags statt. Abends ist ein kameradschaftliches Beisammensein mit Preisverteilung, Vorträgen usw. geplant.

— Postendorf. Das diesjährige Erntedankfest in der hiesigen Parochie soll Sonntag den 10. September gefeiert werden. Der Erntedankfestdienst findet nachmittags 2 Uhr statt.

— Banneish. Nachdem die Vereinigung mit Boderitz und Welschau vollzogen ist, hat jetzt auch Röthnitz den Antrag auf Eingemeindung gestellt.

— Wilsdruff. Vor mehr als 150 Jahren wurde auf Anregung der damaligen Staatsregierung eine steinerne Wegebrücke in Obeliskform auf dem Machte errichtet, an die sich die älteren Wilsdruffer Einwohner noch gut erinnern werden. Diese alte Säule erward vor ungefähr 40 Jahren Herr v. Schönberg aus Niederreinsdorf von der Stadt, ließ sie nach transportieren und auf einer ihm gebürgten Höhe aufstellen. Leider ist sie jetzt durch die inzwischen in die Höhe gewachsenen Bäume so verdeckt, dass sie kaum von der nächsten Nähe aus sichtbar ist. Kein Weg führt an ihr vorüber und zu ihr hin, so fristet sie ihr Dasein, weltabgeschieden an einsamer Stelle. Schon zu der Zeit, wo diese Säule am Wilsdruffer Marktplatz errichtet worden war, hatte man die Notwendigkeit erkannt, dass an diese wichtige Verkehrsleitung eine Wegebezeichnung gehabt. Diese Notwendigkeit besteht aber auch jetzt noch, und zwar in erheblicherem Maße. Einer Anregung des Herrn Oskar Kühlé im inzwischen schlafen gegangenen "Gemeinnützigen Verein" auf Errichtung einer Wegebrücke aus Holz konnte wegen mangelnder geldlicher Mittel nicht nachgegangen werden. Der Verein für Natur- und Heimatkunde nahm die Angelegenheit auch wieder in die Hand, der Heimatverein lehnte eine Säule aus Holz entschieden ab und sprach in seinem Gutachten für eine steinerne aus. Aber die Aufbringung der hohen Kosten war auch diesem Verein unmöglich. In dieser Lage kam man auf den Gedanken, sich an die Herren Pinckert und Scheukert in Nordamerika zu wenden, die schon wiederholt aus Liebe zu ihrer Geburtsstadt Wilsdruff Opfer für militärische und gemeinnützige Zwecke gebracht hatten. Diese Bitte fand bereitwillige Annahme und so konnte zur Herstellung der Säule geschriften werden. Aus Dankbarkeit sind die Namen der Söhne Emil und Ida Pinckert, Ernst und Wilhelm Scheukert und Anna Stein am Fuße der Säule verewigt. Diese stammt aus dem heimatlichen, auf Endsdorfer Flur vor der Neumühle gelegenen Steinbrüche und ist durch Steinmetzmeister Wolf hier gebrochen und gearbeitet worden. Ihre Höhe beträgt 2,5 Meter, ihre Stärke durchschnittlich 75 Zentimeter und ihr Gewicht etwa 65 Zentner. Die Säule enthält auf jeder der 4 Seiten die Wegeangabe nach den benachbarten Städten Dresden, Meißen, Röthen und Tharandt mit der Angabe der Entfernung.

Pirna. In letzter Zeit häufen sich die Brände der mit Ernteröten angefüllten Scheunen in recht auffälliger Weise. So vernichtete am Montag abend in Schönfeld bei Pillnitz ein Schadenfeuer die eine Stunde vorher erst eingebrochene Ernte vollständig, während in der Nacht zum Dienstag im benachbarten Großcottbus die angefüllte Scheune des Rittergutes vollständig niedergebrannt. Große Getreidesilos sowie eine Dampfsäule wurden vernichtet. Es wird Brandstiftung vermutet.

Lausa. Ab 1. August kostet das Gas 8,50 M. Vom gleichen Tage an wird aber Jährlermiete nicht mehr erhoben.

— Bad Schandau. Am Sonntag ereigneten sich im Gebiete der Sächsischen Schweiz wieder einige Abstürze. Hinter dem Jugendhaus stürzte ein junger Dresdner Kraxler vom Sonnenstein ab und zog sich einen Unterlendekrak zu, während beim Falkenstein ebenfalls ein junger Dresdner Kraxler abstürzte und sich das Bein und Kinn verletzte. — Der vor einigen Tagen an der Nordwand des Friedrich-August-Felsen abgestürzte Dentist Kurt Wilke von hier ist im Stadtkrankenhaus den erlittenen Verletzungen erlegen.

Chemnitz. Bei einem kürzlich hier stattgefundenen Begräbnis eines Junggesellen gingen nicht weniger als 10 Frauen und kein einziger Mann als Leidtragende hinter dem Sarge des Verstorbenen her.

Reichenhain. Das Ministerium des Innern hat den Gemeinderat aufgelöst mit der Bestimmung, dass der Gemeindevorstand und die beiden Gemeindeältesten die Geschäfte weiterführen sollen. Die Neuwahlen sind möglichst sofort, spätestens binnen 3 Monaten vorzunehmen.

Hohenstein-Ernstthal. In der Strumpffabrik von Lauscha in Oberlungwitz waren für etwa 600 000 M. seidene Strümpfe gestohlen worden. Als am Sonntag die hiesige Schuhengesellschaft ihre Schießen abhielt, fanden die Zieler die gestohlenen Strümpfe im Schießstand. Den Dieben ist man auf der Spur.

Falkenstein. Ein großer Schaden wurde hier am Montag nachmittag in der Hauptstraße dadurch verursacht, dass ein einem Fleischer Ichen gewordenes Stück Rind zunächst einen städtischen Arbeiter auf der Hauptstraße niederknallte und ihn am Rücken und am Kopf verletzte. Sodann rannte das Tier in ein Schaukasten eines Metzgergeschäfts und zertrümmerte es. Das Fenster hat einen Wert von 12 000 bis 15 000 M.

Aus dem Vogtland. Eine tschecho-slowakische Grenzwache von Schmugglern entwaffnet. Die Sucht, den gewaltigen Unterschied der Bewertung zwischen Mark und Krone auszunehmen, führt jetzt an der Grenze immer häufiger zu erregten Zwischenfällen. In der Nacht zum 28. August kam es, wie aus Alsch berichtet wird, in dem zum Alsch Bezirk gehörigen Dorfe Steinböhl zu einem Zusammenstoß zwischen einer Gruppe von Arbeitern aus Böhmen und zwei tschechischen Grenzbeamten. Als diese den ihnen angehaften Personen verschiedene Sachen, darunter Schokolade, beschlagnahmen wollten, fielen die Arbeiter plötzlich über die Grenzüffner her. Sie entwaffneten den einen, nahmen die beschlagnahmten Sachen wieder an sich und vergruben, als sich der zweite Finanzbeamte, den man gleichfalls entwaffnete, in den Dunkel der Nacht entfernt hatte, das Gewehr in die Erde. Die Alsch Gendarmerie forscht die bei dem Vorfall beteiligten gewesenen Personen aus und hat bereits von ihnen verhaftet und dem Alsch Bezirksgerichte eingeliefert. — Weiter wird geschrieben: Auch an der sächsischen Grenze kam es am 27. August abends zu einem Zwischenfall. Ein Turnverein aus Plauen i. V., der an einem Alsch Bezirksturnfest in Krugenthal teilgenommen hatte, wurde, als er abends nach Plauen zurückkehrte, von sächsischen Arbeitern, die sich als Kommunisten ausgaben und erklärten, Grenzwachdienste zu leisten, am Überschreiten der Grenze verhindert. Obwohl sich die Turner als solche auf Plauen ausweisen konnten, wurde ihnen der Eintritt nach Sachsen mit der Bemerkung verwehrt, dass die völkischen Hurkaturner aus Sachsen in Böhmen nichts zu suchen hätten. Die erregten Antikommunisten dauerten längere Zeit an. Den Turnern soll es erst später möglich gewesen sein, an einer anderen Stelle der Grenze ins Vogtland zurückzukehren. — Trifft diese Meldung in allen Stücken zu, so wird durch diesen Vorgang nur bewiesen, dass eine Selbsthilfe, wie sie verschiedentlich angedroht wurde, auch zu Mißbrauch der Bevölkerung führen kann. Mit aller Entscheidlichkeit muss gefordert werden, dass die Grenzkontrolle unparteiisch gehandhabt wird.

— Eine siebenjährige Häutung hat an der Grenze ein Mann bei Bad Elster durchmachen müssen. Seine Korpulenz, die mit seinem sonstigen Aussehen, soweit insbesondere das Gesicht in Bezug kommt, nicht harmonierte, stellte den Grenzbeamten auf. Der Mann muhte sich entkleiden, und da er unter seinem Anzug einen zweiten trug, muhte er auch den anzuziehen. Als auch jetzt noch ein weiterer neuer Anzug zum Vortheile kam, muhte die Kleidung, bei der noch kein Ende abzuleben war, weiter fortgeföhrt werden, zumal auch die Unterwäsche in mehrfacher Anzahl übereinander gedichtet getragen wurde. Erst als sich der Mann zum siebten Male ausgeschält hatte, wurde sein Adamshofstein sichtbar. Er durfte sich den einen Anzug, und zwar den abgetragenen, der die Überreste gebildet hatte, wieder anziehen, während alles übrige beschlagnahmt wurde.

Schmölln bei Bischofswerda. Die linksradikalen Kreise des Ortes haben die Forderung erhoben, dass die evangelischen Gangbächer verboden werden. Sie begründen dies mit dem Gefecht zum Schutz der Republik, indem sie behaupten, die Seiten des Gefangenenbuches enthielten Lieder, in denen Gebete für die monarchistische Obrigkeit standen.

* Anzeigenpreise der großstädtischen Zeitungen. Im "Berl. Tagebl." kostet jetzt die kleine Inserateile von kaum 6 Silber kleinsten Druckschriften in Höhe von nicht ganz 2 Millimetern 42 M. die ganze Seite 37 000 M. Die "Münchner Neuesten Nachrichten" verlangen für die ganze Seite 50 000 M. Der "Dresdner Anzeiger" und die "Dresdner Neueste Nachrichten" verlangen für die kleine Zeile 15 M., die "Leipziger Neueste Nachrichten" 25 M. Wie beschleiden nehmen sich da die Anzeigenpreise der Provinzzeitungen aus, die ebenfalls ein großes Verbreitungsgebiet besitzen und für die Allgemeinheit als Anzeigenorgane ebenso unentbehrlich sind wie die Großstadtzeitungen.

Der Todeskampf der Presse.

Bor nicht ganz fünf Monaten hat der Reichspräsident Löbe im Reichstag auf die schwere Notlage des Zeitungsgewerbes hingewiesen und die vererblichen Folgen geschildert, die eine Beruhmung der Presse nach sich ziehen müßte. Zu dieser Zeit kostete das Kilo Zeitungspapier 12,80 Mark gegen 21 Pfennige im Frieden; viele hunderte von kleinen und mittleren Provinzblättern waren damals schon dieser gewaltigen Steigerung des Papierpreises zum Opfer gefallen. Im Laufe der letzten Monate hat sich die Zahl der eingegangenen Blätter abermals um mehrere Hundert vermehrt, das Massensterben der deutschen Zeitungen hat begonnen. Das Preschhilfegesetz, das im Reichstag mit Mühe und Rot erreicht wurde, brachte dem notleidenden Zeitungsgewerbe keine nennenswerte Hilfe. Eine Maßnahme, die wenigstens einigen praktischen Nutzen gehabt hätte, die Belebung der völlig ungerechtfertigten Sondersteuerung der Presse, der Abbau der bis zu 4 Prozent gestaffelten Einkommensteuer bis auf 2 Prozent, dem Satz der allgemeinen Umsatzsteuer, diese vernünftige Maßnahme war nicht zu erreichen. Regierung und Reichstag waren allem Anschein nach der merkwürdigen Ansicht, daß das Interieren in Zeitungen der Befriedigung von Lugsusbedürfnissen gleichzutun und dementsprechend mit erhöhtem Steuerzah zu bedenken sei.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage der deutschen Presse geradezu katastrophal gestaltet. Der Preis für Zeitungsröntgenpapier ist auf das Viertausendfache des Friedenspreises angehoben. Nach einer Ankündigung der Holzlose- und Zeitungspapierfabrikanten stellt sich der Preis für Zeitungdruckpapier ab 1. September auf 80 Mark das Kilo, wenn nicht dieser Satz durch die dauernde Markentwertung im Laufe des September eine neue Steigerung erfahren sollte. Für einen Waggons Papier, der im August 1914 2000 M. und im August 1922 etwa 280 000 Mark kostete, werden im September 700 000 bis 750 000 Mark gefordert. Nach der Berechnung eines Berliner Verlagsdirektors würde dementsprechend ein mittlerer Zeitungsbetrag, der etwa 10 Waggons im Monat braucht, 7½ Millionen Mark, ein Großverlag, der 65 bis 70 Waggons im Monat braucht, etwa 50 Millionen Mark im Monat allein für Zeitungspapier ausgeben müssen. Hierzu kommen noch die Aufwendungen für das Material, das zum erheblichen Teil, wie Metall, Farben, Schmiermittel, ebenfalls von der Valuta abhängig ist. Blei kostet das 650fache, Benzin das 600fache, Öl das 850fache des Friedenspreises. Endlich sind die Ausgaben für die geistige Arbeit der Redakteure, Belehrer und kultivierten Auslandsberichterstatter sowie die Aufwendungen für die Sezer- und Druckerlöne nicht zu vergessen. Aus diesen kurzen Ausführungen kann der Leser ungefähr annehmen, mit welchen enormen Schwierigkeiten die deutsche Presse heute zu kämpfen hat. Für viele Blätter ist es bereits ein Todeskampf. Sollte der neue Papierpreis tatsächlich aufrechterhalten bleiben, so ist die Beruhmung der gesamten deutschen Presse nur eine Frage ganz kurzer Zeit.

Kann der Zusammenbruch des Zeitungsgewerbes überhaupt noch aufgehalten werden? Völlig dürfte dies kaum gelingen. Schon in wenigen Wochen wird ein großer Teil unserer bodenständigen, politischen Presse von ihrem Schädel erstickt werden, wenn die Regierung nicht in letzter Stunde mit durchgreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen der Preistreiberei auf dem Holz- und Papiermarkt entgegentreten und die Aufhebung des Anzeigensteuergesetzes veranlaßt. Endlich aber muß an die Einsicht des Verfassungsschaffens appelliert werden. Die deutschen Verleger haben bisher fast ohne Ausnahme mit der Angleichung der Bezugspreise an die allgemeine Preisbildung gezögert, jetzt aber ist es mit ihrer Kraft zu Ende. Nun muß auch der Leser Opfer bringen, und wenn die Zeitungen mit starken Abonnementspreishöchstungen an die Leser herantreten, sich diesem Ruse nicht zu versagen. Wenn die Kürsichtigkeit der Verfassung, die die Geldentwertung überall, nur nicht für die geistige Nahrung, gelten lassen will, der Zeitung die nötige Unterstützung versagt, so rächt sich das an ihr selbst, bei dem Tempo des heutigen politischen und wirtschaftlichen Lebens sogar sehr schnell.

In Erwartung der Entscheidung. Staatssekretär Schröder vor der Reparationskommission.

Nach zahlreichen privaten Besprechungen der einzelnen Delegierten ist die Reparationskommission am Mittwoch zu einer offiziellen Sitzung zusammengetreten, in der der Vertreter Deutschlands Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium die Vorschläge der Reichsregierung vorlegte. Die endgültige Entscheidung ist erst am Donnerstag zu erwarten, da die Reparationskommission die Prüfung der deutschen Vorschläge am Mittwoch noch nicht abschließen konnte.

Vertragung des französischen Ministerrats.

Der französische Ministerrat, der am Donnerstag vormittag im Elysee stattfinden sollte, um über die Entschließungen der Reparationskommission zu beraten, wurde infolgedessen auf Freitag vormittag vertagt.

Auch der für Donnerstag im Aussicht genommene Empfang der Parteiführer beim Reichskanzler dürfte, da die Entscheidung der Reparationskommission über das Moratorium erst am Donnerstag fallen soll, auf Freitag vormittag vertagt werden.

„Kein weiteres Nachgeben der Reichsregierung.“

Mittwoch vormittag fand in der Reichskanzlei eine Chefbesprechung statt, in der über das Reparationsproblem beraten wurde. Der vielsch. zum Ausdruck gekommene Optimismus in der Beurteilung des Reparationsproblems wird an maßgebenden Stellen durchaus nicht geteilt. Es wird im Gegenteil darauf hingewiesen, daß das Reparationsproblem als

solches noch sehr weit von einer Lösung entfernt und noch sehr schwierige und langwierige Verhandlungen bevorstehen. Das Verhalten Frankreichs ist derart, daß ein Optimismus unberücksichtigt erscheint. Bei der Beurteilung des Reparationsproblems wird man vor allem mit übersehen dürfen, daß ein weiteres Nachgeben der Reichsregierung gegenüber den französischen Forderungen unmöglich ist, weil die materiellen Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit erreicht sind. Die Erfüllung der französischen Forderungen nach Stellung von Pfändern sind für die Reichsregierung vollkommen unannehmbar.

Die Lieferungsverträge gesichert.

Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

In den letzten Tagen haben zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Industrie und des Gewerbes wichtige Verhandlungen über die Durchführung des der Reparationskommission unterbreiteten Planes einer Sicherung von Holz- und Kohlenlieferungen an die Alliierten durch Lieferungsverträge mit den entsprechenden deutschen Industrien stattgefunden. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen unterrichtet folgende amtliche Mitteilung:

Die Vertreter des Kohlenbergbaues erklären sich damit einverstanden, alsbald zusammen mit der Reichsregierung in Verhandlungen über den Abschluß privatwirtschaftlicher Lieferungsverträge einzutreten. Als Unterhändler für den Kohlenbergbau wurden die Herren Hugo Stinnes, Peter Alsdorff, Dr. Silberberg und Direktor Lübben benannt. Naheliegende Verhandlungen über die Holzlieferungen sollen unmittelbar anschließen.

Eine Besprechung mit den maßgebenden Vertretern der Bergarbeiterverbände und mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter ergab gleichfalls die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Arbeiterorganisationen, an der Durchführung der Lieferungsverträge mitzuwirken. Die Reichsregierung hat von diesem Ergebnis der Besprechungen ihren nach Paris zur Verhandlung mit der Reparationskommission entsandten Vertreter telegraphisch unterrichtet.

Gegen die Schuldfrage.

Eine Protestkundgebung der deutschen Bischöfe.

Die diesjährige Bischofskonferenz in Fulda hat beschlossen, gegen die in einseitiger Aussöhnung von gegnerischer Seite fortwährend wiederholte ungerechte Behauptung, daß Deutschland am Kriege schuldet, und gegen die sichtbaren Folgen, welche die französische Regierung aus solcher Schuldenklärung glaubt ziehen zu dürfen, vor dem Heiligen Stuhl dem Hör der Volksversöhnung, feierlich protest zu erheben. Die Bischofskonferenz gibt damit den selben unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck, von der sie 1914 in ihrem gemeinsamen Hirtenbriefen Zeugnis gegeben hat: „Wir, d. h. das deutsche Volk sind unschuldig am Ausbruch des Krieges, er ist uns aufgezwungen worden, das können wir vor Gott und der Welt bezeugen.“

Weiterhin besetzte sich die Bischofskonferenz von neuem mit der Lage des besetzten Gebietes, wo eine gewilligte Bevölkerung im Herzen Europas die Schmach angetan wird, von zahllosen Angehörigen unkulтивierter afrikanischer Volksstämme militärisch überwacht zu werden, und wo die gewaltigen Scharen moslemischer und heidnischer Soldaten aus den französischen Kolonien einer christlichen, vorwiegend katholischen, Bevölkerung zum größten Vergnügen und zu großen situellen Gefahren für die Jugend gereizt.

Mordsache Rathenau.

30 Bände Akten.

Über den augenblicklichen Stand der Mordsache Rathenau wird mitgeteilt, daß nach Abschluß der Voruntersuchung sich die Akten jetzt bei der Reichsanwaltschaft zur Bearbeitung der Anklage befinden. Nach Fertigstellung der Anklageschrift wird diese den fünflichen Angeklagten zugezeigt werden. Es wird den zahlreichen Verteidigern dann noch Gelegenheit gewährt, mit den Angeklagten in Verbindung zu treten, was ihnen bisher im Interesse der Untersuchung verwehrt worden ist, sowie die inzwischen auf etwa 30 Bände angewachsene Akten ordnungsgemäß eingesehen.

Die Anklage wird der Oberstaatsanwalt Dr. Eberleiter selbst vertreten. Die Verteidigung führen acht Rechtsanwälte. Für die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof wird wieder der bereits für die Kriegsbeschuldigtenprozeß benutzte große Saal des Leipziger Reichsgerichts bereitgestellt werden. Eine Festsetzung des Verhandlungstermins ist bisher noch nicht erfolgt.

Politische Rundschau.

Berlin, 31. August 1922.

Innerhalb der Reichsregierung finden zurzeit Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen statt, als Vorbereitung für die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den einzelnen alliierten Mächten über diese Frage.

Der Reichsjustizminister Radbruch fährt nach Minden, um mit dem bayerischen Justizminister über die Einrichtung und Schaffung des süddeutschen Senats zu verhandeln.

Die Leiterin der Frauenarbeitschule in Mainz, Frau Dr. Essig, wurde als Regierungsrat in das Thüringer Volksbildungministerium berufen, wo sie das Deputat für die Mädchenschulen übernimmt.

In Kiel wurde die Hauptversammlung des 59. Deutschen Gewerkschaftslages eröffnet. Anwesend waren neben Vertretern von Reichs-, Staats-, Provinzial- und Badischen Behörden weit über 500 Delegierte.

■ Saarfragen vor dem Rittertribunal. Der Saarbundsrat wird sich in seiner diesmaligen Tagung mit verschiedenen das Saargebiet betreffenden Fragen zu beschäftigen. Ein besonders wichtiger Punkt der Tagesordnung bildet die Frage der neuen Bestätigung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission des Saargebietes Hector, dessen Mandat im Dezember abschloß, dem aber, wie auch den anderen Mitgliedern der Regierungskommission, auf den Statstag vom 26. März bereits die Wiederwahl zugestimmt worden war. Wie erinnerlich, protestierte damals die deutsche Regierung erfolgreich gegen eine solche dem Friedensvertrag zuwiderlaufende langfristige Bestätigung, wie andererseits die geforderte saarländische Bevölkerung die Nichtbestätigung Hectors und die Wahl eines anderen Saarländers verlangte. Wie bei der früheren Statstagung trifft auch diesmal wieder eine Abordnung aus dem Saargebiet ein. Sie wird den Standpunkt der Saarbevölkerung in den zur Verhandlung stehenden Fragen, insbesondere ihren einflussreichen Einspruch gegen die Neubestätigung Hectors darlegen.

■ Der Reichsgelehrte in München abberufen. Wie aus Bayern gemeldet wird, wird der Vertreter der Reichsregierung in Würzburg, Graf Beck, der sich im Urlaub befindet, nicht wieder nach München zurückkehren. — Der neue Vertreter Preußens in Bayern, Ministerialrat Dr. Denk, trat auf dem Festkommer Katholischen Studenten Deutschlands während des Katholikentages zum ersten Male vor die bayerische Öffentlichkeit und dankte für die gastliche Aufnahme in München.

■ Die Verurteilung des Landrats Schwebel. Das Amtsgericht Ingolstadt hat gegen die Verurteilung des Landrates Schwebel durch die französische Behörde Vorstellungen erhoben. Die Behörde wird hauptsächlich damit begründet, daß Landrat Schwebel als Angehöriger einer Grenzfesteungskommission sowie einer Kommission, die ein Abkommen über den Grenzverkehr in dem Saargebiet abgeschlossen hat, das Recht auf diplomatische Immunität habe. — Landrat Schwebel ist bekanntlich von den Franzosen wegen „Besleidigung eines französischen Gendarmen“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und dieser Tage in das Gefängnis in Freytag zur Verbüßung seiner Strafe gebracht worden.

■ Wissusti in Oberfranken. Der polnische Staatschef Piłsudski empfing bei seinem Aufenthalt in Katowitz den Vorsitzenden des „Deutschen Volksbundes“, von Reichenstein. Dieser erklärte, die in Folge der Abstimmung errungenen nationalen Leidenschaften würden von einem gewissen Teil der polnischen Presse geschift, die den Zusammenschluß der Deutschen im Volksbund als Zredenta verächtigte. Der Staatschef wollte glauben, daß die deutsche Bevölkerung nur den festen Willen habe, ihr Deutschland zu bewahren, und daß sie vollaus bereit sei, an dem Aufbau der Heimat fröhlig mitzuwirken. Der Volksbund strebe einen Ausgleich der nationalen Gegensätze im Interesse der Volksgesamtheit an. Der Staatschef gab seiner Genugtuung über die Bestrebungen nach einem Ausgleich der nationalen Gegensätze Ausdruck. Der Volksbund könne versichern sein, daß der Staatschef den Verdächtigungen der Presse keinen Glauben schenke und die Rechte der Deutschen nicht nur aus Achtung vor den internationalen Verträgen, sondern aus reiner menschlicher Toleranz schützen werde.

■ In der Grafschaft Mayo in Irland wurden 5 Personen nach dem Verlassen einer Kirche, in der eine Totenmesse für General Collins abgehalten wurde, erschossen.

■ Präsident Harding hatte mit dem früheren Kongressmitglied Bartholdi, der nach 14monatiger Abwesenheit im Ausland nach Amerika heimgekehrt ist, eine längere Unterredung über die Lage in Europa und im besonderen in Deutschland.

Schweden: Österreichs Notlage vor dem Volksbund.

■ Der Volksbundsrat hat auf Grund eines Schreibens Lloyd Georges den Beschluss der Londoner Konferenz angenommen, wonach der Rat auf dieser Tagung die Wirtschafts- und Finanzlage Österreichs prüfen wird. Gleichzeitig erhielt der Präsident des Rates ein Telegramm des österreichischen Bundeskanzlers, das ebenfalls an den Londoner Beschluss erinnert und einen dringenden Appell an den Volksbund richtet.

Frankreich: Die Auswirkungen des „Generalstreiks“.

■ In Paris hat der Aufruhr der Extremisten zum Generalstreik nur sehr geringen Rückhalt gefunden. So streiken in Paris nur die Arbeiter der Metallfabriken und der Flugzeugfabriken. In Boulogne kam es zu einem Zusammenstoß zwischen 3000 Demonstranten und der Polizei, wobei die Demonstranten erst durch das Eingreifen von Kavallerie auseinandergetrieben werden konnten. Am nordfranzösischen Bergwerkdistrikt (Ville) ist die Streikparole beinahe ausnahmslos gestrichen. Auch in den Fabriken von Hautmont, Maubeuge und St. Amour sind zahlreiche Arbeiter ausständig. In Roubaix wird in 100 industriellen Fabriken teilweise gestrichen, in 60 Fabriken vollständig. In Tourcoing ist der Ausstand so gut wie vollständig. In Lyon wurden, da eine Anzahl von Arbeitern in den Metallfabriken nicht zur Arbeit erschienen waren, die Fabriken den Direktoren geschlossen. Darauf kam es zu Kundgebungen, wobei ein Zusammenschluß mit der Polizei erfolgte. Viele Polizeibeamte wurden verwundet und vier Personen verhaftet.

England: Die Reise Oberst House.

■ Oberst House nahm mit Lloyd George das Kreuzfahrtschiff Georges den Besuch in London auch in Frankreich gewesen und dort mit einer Anzahl hochrangiger politischer Persönlichkeiten zusammengetroffen. Bei der Zusammenkunft mit Lloyd George ist auch der Vorschlag des Gouverneurs Toy, daß Amerika an der Regelung des Reparationsproblems teilnehmen solle, erörtert worden. Lloyd George ist dann wieder auf das Land zurückgekehrt, um seinen unterbrochenen Urlaub fortzusetzen.

Kleinasiens: Griechische Niederlage.

■ Die türkische Offensive ist für die Griechen bisher sehr unangenehm verlaufen. Die Griechen müssen Karabissar vor überlegenen türkischen Kräften räumen. Karabissar ist der wichtigste Verbindungsplatz der griechischen von Nordosten nach Süden verlaufenden Front. An dem Angriff sollen türkischerseits 10 Divisionen, etwa 120 000 bis 200 000 Mann teilgenommen haben.

Vereinigte Staaten: Die Reise ist für Amerika noch nicht geöffnet.

■ In Washington wird an Regierungsstelle erklärt,

Die amerikanische Regierung bleibe in informeller und gleichmäßiger Weise in Übung mit den europäischen Angelegenheiten und warte die Zeit ab, da sie formelleren Ansatz an der Wiederherstellung der finanziellen Stabilität im Auslande nehmen könne. Harding sei der Ansicht, daß die Zeit für die Vereinigten Staaten noch nicht gekommen sei, an einer internationalen Konferenz zur Lösung der finanziellen Probleme teilzunehmen.

Bereitigte Staaten: Vadviges Ende des Vergnügungsreiches?

Die amerikanische Regierung gibt jetzt die Kontrolle der Stahlpreise auf und Harding löst den Gedanken einer Beschlagsnahme der Kohlengruben und Eisenbahnen fallen. Angestellte nehmen die Weichkohlengruben überall den Betrieb wieder auf mit Ausnahme von Pittsburgh (Pennsylvanien), wo die Eigentümer sich nicht über die Wiedereinführung der Ausständigen einigen können.

Poincaré bleibt unantragbar.

Paris, 30. August. Poincaré, der mehrere Tage von Paris abwesend war, hat sofort nach seiner Rückkehr durch die Regierungspresse verkünden lassen, von einer Haftmöglichkeit der französischen Regierung könne ja nicht die Rede sein, und alles, was die Reparationskommission inzwischen unternommen habe, erfüllte sie ihn nicht. Er wolle seine „produktiven Pläne“ und wenn man sie ihm nicht gebe, werde Frankreich das Moratorium ablehnen und sich vorbehalten, allein gegen Deutschland vorzugehen. Poincaré hat Dubois, einen Vertreter in der Kommission, zu sich berufen, und ihn in diesem Sinne instruiert.

Eine neue Erklärung Bradburys.

Paris, 30. August. Der englische Delegierte in der Reparationskommission Bradbury hat einem Vertreter des „Matin“ gegenüber erklärt, er wünsche ein kürzeres Moratorium, das von einer strengen Kontrolle über die deutschen Finanzen begleitet sein müsse, einer Kontrolle, die fast einer Beschlagnahme gleichkommt. Durch diese beiden Maßnahmen könnte die Mark sinken. Nach der Ansicht Bradburys sollten die Zahlungen Deutschlands für wenigstens 18 Monate eingefroren werden. In der Zwischenzeit ließe sich eine internationale Anleihe ermöglichen.

Lloyd George geht nach Paris.

Genf, 30. August. Wie das „Journal de Genf“ wissen will, hat Lloyd George den Plan gesucht, nach Genf zu kommen, um in der am 4. September beginnenden Versammlung des Börsenclubs das Wort zu ergreifen. Er soll beabsichtigen, die Frage der Überprüfung anzuschnellen und die mögliche Universalität des Bundes durch hincinierende Deutschlands, Russlands, Ungarns und der Tscheke zu erreichen, sodann den Rat bedeutend zu erweitern und nur zu einem Vollzugsorgan der Versammlung zu machen, überhaupt den ganzen, heute schwerfälligen Mechanismus des Börsenbundes aktiverkäfigt zu machen.

Die Geldsunthitheit der Reichsbank.

Berlin, 30. August. Für die herrschende Geldnot kennzeichnend ist die Tatsache, daß die Reichsbank hente den Banken auf ihre Guthaben nur 5 Prozent ausgezahlt hat gegen 10 Prozent gestern. Der Grund dafür liegt darin, daß die Reichsdruckerei mit dem Notendrucken dem Bedarf nicht nachkommt.

Französische Wirtschaftsverhandlungen mit Russland.

Christiania, 30. August. Im Widerspruch mit den offiziellen Elementen der französischen Regierung teilt ein norwegischer Geschäftsmann, der kürzlich aus Russland zurückgekehrt ist, im „Socialdemokraten“ mit, daß er in Moskau mit einer französischen Handelsdelegation in Verhandlung gekommen wäre, die mit der Sovjetregierung über ein französisch-russisches Handelsabkommen verhandelte. Weiter wird berichtet, daß jetzt in Petersburg ein britisches Konsulat errichtet werden ist.

62. Deutscher Katholikentag.

Voll in Rot.

Während der Kapuzinerpater Dionys aus Eichstätt noch in der Generalversammlung des Börsenvereins für das katholische Deutschland über „Die religiöse Schwierigkeit unserer Tage“ sprach und sich hierbei insbesondere gegen Okultismus, Theosophie und Anthroposophie unter besonderer Erwähnung des bekannten Dr. Steinlein wandte, begann bereits im Odeon die 3. geschlossene Versammlung des Katholikentages. Hier berichtete der Vorvorsitzende des Bonifaziusvereins, Weihbischof Hähling von Langenauer (Baderborn) über den neuesten Stand der Blaporafragen. Seine Rede fand dann auch das folgende Referat über „Das katholische Auslandsdenktum“, das der mittler in der Auswandererfürsorge stehende Leiter der Bremer Niederlassung des St. Rafaelvereins, P. Götter, übernommen hatte. Er erinnerte an die Not der deutschen Katholiken im Ausland, wo atheistische Lehrer und Lehrerinnen, der deutschen Sprache nicht mächtig, Volkstum und Religion austauschen wollen. Mit bereiteten Worten schüttelte der Redner auch die brennende Not der deutschen Katholiken in Polen und in Galizien, die ohne Predigt und Messe, ohne deutsche Lehrer für ihre Kinder dahinsiedeln müssen. Von der Heimat erwartet das katholische Auslandsdeutschland Hilfe in seiner geistigen Not. Künftig darf kein katholisches Deutschland im Auslande mehr ersterben. Mit Andreas Hofer rufen wir: Volk in Gott! Die zweite öffentliche Versammlung.

In der zweiten öffentlichen Versammlung, zu der der Reichstagabgeordnete Voos die einleitenden Worte sprach, behandelte Obergerichtspräsident Dr. Müller-Luzern das Thema „Christentum und irdische Welt“ und forderte hierbei die Beibehaltung des Privatlebens, aber Neugestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Weltordnung.

Nach ihm sprach Dr. Höpfl, Erster Bürgermeister von Regensburg, über „Wir Katholiken und der Sozialismus von heute“. Die Tragik des Sozialismus als Gesamtheit liege darin, daß er letzten Endes nichts zu bieten wisse als trostlose Vernichtung. Eine Erfahrung der vielen Dörfern des Sozialismus werde gezeigt sein, jederzeit eine scharfe Grenze ziehen zu lassen, über die hinweg für jeden Katholiken ein Kompromiß unmöglich sei. Not und Elend, Sorge und Kummer seien für Hunderttausende der Führer zum Sozialismus gewesen, hingegangen sei die Wohnungsnot und die Ausbeutung durch manche gewissenlose Unternehmer. Keine Theorie des Sozialismus sei aber imstande gewesen, die übertragende Macht der Religion zu erschüttern. Auch der moderne Staat brachte, fuhr Redner fort, Autorität, und er gräßt sein eigenes Grab, wenn er glaubt, auf eine übergeordnete ewige Gerechtigkeit als Grundlage auch seiner Macht souverän verzichten zu können.

Gernemann Schüller in Straßburg als Vertreter der katholischen Jungmannsbewegung und Max Brügel in Leipzig, ein Sohn des verstorbenen Zentrumsparlamentariers, als Vertreter der katholischen Studentenbewegung legten ein Bekennnis der katholischen Kirche zum deutschen Vaterland ab. Schließlich sprach P. Ortsteuer Köln über „Volksfreiheit und Volksneuerung“.

Aus Stadt und Land.

Ein Spiegel gesetzt. In Würzburg verhaftete die Polizei einen gewissen Pasquier als Spiegel, der sich zu einer Versammlung der Würzburger Landsleute im Rathausbräu-Brunnen einzufinden wußte. Pasquier ist Mitglied der Rheinlandskommunisten. Die Polizei stellte fest, daß Pasquier sich in Würzburg nicht angemeldet noch die Genehmigung zur Aufenthaltsberechtigung eingeholt hatte. Er wurde dem Amtsgericht zur Entscheidung der Haftfrage überreicht.

Hamburg ohne Kinos. Nachdem der Hamburger Senat das Gesuch des Verbandes Norddeutscher Lichtspieltheater auf Erhöhung der 50 v. H. betreffenden Lustbarkeitssteuer erneut abgelehnt hat, beschloß eine Generalversammlung des Verbandes, sämtliche Lichtspieltheater in Hamburg ab 1. September zu schließen.

Ein Touristenführer zu Tode gefürgt. Ein englischer Tourist namens Bachhouse ist mit seinem Führer bei der Besteigung der Leiterspitze bei Bermatt tödlich abgestürzt. Seit 20 Jahren ist es das erste Mal, daß ein Hüter der Gegend von Bermatt bei dieser Besteigung zu Tode stürzte.

General v. François schwer mishandelt. Der aus dem Weltkrieg bekannte deutsche Heerführer General der Infanterie v. François ist nach einem militärischen Vortrag in Schwerin bei Leipzig überfallen und schwer mishandelt worden. Der General war von der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei in Schwerin zu einem Vortrag über die Tannenberg-Geschichte gebeten worden. Kaum hatte der General mit seinen ersten Worten des Vortrages begonnen, als er von einer in den Saal eingedrungenen Note mit einem Fausthaken unterbrochen wurde, so daß schließlich die Versammlung vorzeitig abgebrochen werden mußte. Als der General sich kurz darauf anschickte, das Hotel zu verlassen, wurde er von einer Note überfallen und schwer mishandelt. Er trug nicht weniger als fünf Kopfschleuderungen davon, von denen eine mit einer Gummidüse, eine zweite mit einem Stock und drei mit Stöcken waren herabgeführt worden waren. Der General mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben...

Opfermut eines Münzen. Auf dem Sternschanzenbahnhof in Hamburg ereignete sich ein furchtbare Unglücks. Dort waren die Elektranten Soehl mit einem Vorortzug mit ihrem vierjährigen Söhnchen auf dem Bahnhof angekommen. Plötzlich war der Knabe vom Bahngleis verschwunden. Die Mutter hörte vom Gleise her das Rufen des Kindes. Sie sprang ihm nach und rettete es dem herbeigeeilten Vater. In diesem Augenblick fuhr der Berliner Zug ein. Die Frau wurde vom Zug übersägt und war auf der Stelle tot.

Seinen Schwiegersohn erschossen. In Buxtehude bei Harburg erschoß nach einem Streit der Oberstleutnant a. D. Schöch seinen Schwiegersohn Dr. Eisentraut. Schöch wurde verhaftet.

Schweres Zugunglück in Oberschlesien. Bei Milow (Kreis Pleß) stieß ein Güterzug auf einen Passierzug, weil der Güterzug das Haltsignal überfahren hatte. Der Zusammenstoß war so stark, daß beide Maschinen und zehn Güterwagen zerstört wurden. Bis jetzt wurden zehn Tote und acht Verletzte gemeldet. Der Sachschaden ist sehr groß, der Verkehr wird durch Umstiegen aufrecht erhalten.

Gerichtsaal.

Aufhebung eines Urteils. Der Hauptbeschuldiger Goetz von der „Schlesischen Tagespost“ in Breslau war im April ds. J. von der Strafkammer des Landgerichts Breslau von der Anklage der Verleidigung des Ministers Seevering freigesprochen worden, nachdem das Amtsgericht ihn vorher zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt hatte. Goetz hatte im Zusammenhang mit dem Verbot der Selbstschutzorganisationen die Politik des Ministers Seevering als „leichtfertig, ja gewissenlos“ bezeichnet, und die Strafkammer hatte diese Art der Kritik für straflos erklärt. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hat jetzt das Oberlandesgericht in Breslau das freisprechende Urteil aufgehoben und die Sache zu einer weiteren Entscheidung an das Landgericht zurückverleitet. Die freisprechende Strafkammer ist inzwischen aufgelöst worden.

Volkswirtschaft.

Berlin, 30. August (Fortsetzung). In Berlin ist schon wieder ein Umschwung eingetreten. Der Dollar nahm wieder seine Aufwärtstrend. Die entwölfen Wirkungen eines etwaigen Moratoriums wären darin also schon zum Ausdruck gekommen. Der starke Stoß, der vom Dollar ausging, hat namentlich auf Buntapapiere vorgetragen, in denen teilweise beträchtliche Kurssteigerungen eintreten.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	30. 8.	29. 8.	1914
100 holländische Gulden	60424	55420	167— M.
100 belgische Franken	11385	10536	80— "
100 dänische Kronen	32459	30062	112— "
100 schwedische Kronen	39950	37053	112— "
100 italienische Lire	6841	6242	80— "
1 englisches Pfund	6916	6342	80— "
1 Dollar	1548	1423	420— "
100 französische Franken	11985	11285	80— "
100 österreichische Kronen	29612	27115	80— "
100 tschechische Kronen	5093	4694	— — "

Der Kurs für den 31. August.

1821 • Der Naturforscher Hermann v. Helmholz in Potsdam († 1894) — 1864 • Der Sozialist Ferdinand Lassalle in Genf († 1825) — 1870 Schacht bei Wolfsburg — 1871 † Der Geograph Oskar Beigel in Leipzig († 1826) — 1880 • Wilhelmina, Königin der Niederlande, im Haag —

1914 Fall der Festung Olbet — 1920 † Der Philosoph Helmuth Pohl in Leipzig († 1882).

Preisentlastung der Margarine. Gegenüber verschiedenen Hinweisen auf die in den letzten Tagen sehr stark verteuerte Margarine wird aus Kreisen der Margarinefabrikanten mitgeteilt, daß Mittwoch mithin bereits die Fabriken geschlossen haben, entsprechend der Währungssteigerung des Dollars den Preis für die beständige Qualität auf 178 Mark herabgesetzt. — Wird von günstiger Seite erklärt wird, ist eine Rationierung Preise im Gange.

Wer raucht noch? Die Tabakabgaben geben bekannt, daß sie infolge des hohen Dollarstandes Zigaretten nicht unter 7 Mark, Zigarren nicht unter 20 Mark, Tabak nicht unter 200 Mark pro Pfund als Kleinverkaufspreis abgeben können.

Höchste Preise für Schlafwagenreisende. Im Schlafwagenreisenden der 1. Klasse den gleich großen Raum beansprucht, wie sie bei Reisenden der zweiten Klasse, wird die Reichsbahn mit Wirkung vom 1. Oktober ds. J. ab von den Schlafwagenreisenden 1. Klasse den Preisen zweiter Klassearten 2. Klasse zu geben. Die Bettkartenpreise werden dadurch nicht erhöht.

Entfernungsgrenze für Schlafwagenreisen. Entfernung von 100 auf 150 Kilometer ausgedehnt worden.

Das Geheimnis von Dubschin.

(Kriminalroman von Erich Ebenstein.)

(43. Fortsetzung.)

Eines Abends kam dann die Herrschaft selbst an. Man gab der Gräfin ein Schlafmittel ein. Als sie am anderen Tage erwachte, befand sie sich mit läpplich blond gefärbtem Haar in der Obhut der Dobruš, die sie als „Töchterchen“ ansprach und unaufhörlich bemüht war, ihr den „Wahn“ auszureden, daß sie Gräfin Koschwinsta sei —

Welche Phantasie!, hohnlächelte Graf Koschwinsta mit blassen Lippen. „Wer soll Ihnen das glauben?“

Darüber warf ihm einen strengen Blick zu. „Leider ist das Leben oft viel phantastischer und grausamer, als die kühnste Phantasie erfinden könnte“, sagte er salt. „Die falsche Gräfin war also in Szene gelegt und wurde nun nach Leopold geschickt, um sich dort in aller Ruhe in ihre Rolle einzuleben, während der Graf zum Schein das Schloß in Stand setzen ließ, in Wahrheit aber Umschau hielt nach irgend einer Bribatirrenanstalt, deren Besitzer gewisslos entwegen wäre — läßt Personen auf Lebenszeit verschwinden zu lassen.“

Auch wurde die bereits von der wirklichen Gräfin unter brutalen Zwang eingelegte Vermögenstransaktion weiter betrieben. Denn man mußte ja das Geld endlich auch wirklich in die Hand bekommen und bei dieser Gelegenheit womöglich mit den Verwandten der wirklichen Gräfin einen Bruch herbeiführen, um vor Überraschungen von dort sicher zu sein. Wie leicht konnten sie sonst eines Tages Grace besuchen. Leider waren diese nicht ganz so naiv, wie man hoffte, und sandten die Schwester der Gräfin zu persönlichen Besprechungen nach Europa.

Diese Nachricht kam der Pseudo-Gräfin in Karlsruhe und sie reiste, von panischem Schrecken ergriffen, nach Neapel, wohin ihr der Graf mindliche Weisungen durch ihren Vater senden wollte. Dobruš sollte wahrscheinlich als Sekretär gelten und um jeden Preis verhindern, daß Miss Morgan ihre Schwester ohne Borse bereitstellte.

Ungläublichweise liebte es Herr Jaschitz-Dobruš, auf eigene Faust zu handeln und bevorzugte eine Politik der kurzen Hand dabei. Er suchte seine Tochter gar nicht erst auf, nahm aber dafür seinen Sohn Mieczislaw, der in Lemberg studierte, mit und ließ sie von diesem sein Opfer zutreiben, das er dann einfach erwürgte, beraubte und ins Meer schleuderte. Die Ankunft der Miss Morgan bereitete der „Gräfin“ große Verlegenheit, die doch nicht gewagt hatte, der Schwester ihrer Vorgängerin persönlich entgegenzutreten. Was sollte sie tun, als man sie vor die Leiche ihrer angeblichen Schwester führte? Eine Untersuchung herausbeschwor, die die amerikanischen Verwandten auf allerlei Gedanken bringen, sie wahrscheinlich herübergeführt und so alles vielleicht schon damals, wo sie selbst noch so wenig fest in ihrer Rolle und die wirkliche Gräfin noch in feiner Uniform begraben war, ans Licht gebracht hätte? Nein, gerade jetzt durfte man kein Aufsehen machen. Am besten also, man leugnete fahrlässig die Identität der Toten überhaupt. Nam später Harriet Morgan nicht mehr zum Vorschein, hatte man doch Zeit gewonnen, und konnte den überseelichen Verwandten besser gerüstet entgegentreten. Man reiste daher nach Dubschin, wo man natürlich am unbeküsstesten leben konnte, und suchte so bald als möglich ein Asyl für die wirkliche Gräfin zu finden. Gwar war Dobruš auch hier für die kurze Hand, aber der Graf wollte kein Blut. Endlich glückte es ihm auch, in der Unhalt eines gewissen Dr. Beigelstock ein passendes Asyl für seine Frau zu finden.

Bei dem Namen Beigelstock zuckte der Graf zusammen, und seine Augen öffneten sich weit vor Entsetzen.

In der Gräfin blauen Augen loderten Flammen. Man sah ihr an, daß sie sich nur mit Aufbietung aller Willenskraft beherrschte.

„Genug der albernen Märchen“, sagte sie zornig.

„All dies geschah, wie ich jetzt erst begreife, nur darum, um die Auszahlung meines Geldes zu verzögern.“

Sie wandte sich an den Notar: „Lassen Sie sich nicht täuschen, mein Herr. Von dieser ganzen Geschichte ist nur das wahr, daß unsere Bortiersleute allerdings Jaschitz helfen und ihre leider in unfallreichen Wahnsinn verfallene Tochter bei sich haben. Uns Mitleid und in Unbetracht der Vergangenheit habe ich, daß sie völlig mittellos sind, ihnen ihre Unterstützung gegeben und uns sogar bereit erklärt, die Kosten für sie in einer Heilanstalt zu bezahlen. Ich denke, dieses Alles der Großmutter brauchen wir uns nicht zu schämen. Und nun appelliere ich an Ihre Eigenschaft als Amtsperson. Ich bitte Sie um die Vorlegung

einer Vollmacht, die ich unterschreiben werde, damit Sie kraft derselben in meinem Namen die Auszahlung meines Vermögens von diesem Herrn, den ich fortan nicht mehr als meinen Verwandten betrachten will, erzwingen!"

Ehe ihr Appell beantwortet wurde, sagte Baronin: "Nicht so rasch, Madame! Auch ich appelliere an die Amtseigenschaft dieser Herren, freilich in anderem Sinne. — Es ist nämlich keineswegs ein Notar mit seinem Schreiber, den ich hier mitgebracht habe, sondern zwei Beamte der Sicherheitspolizei. Beide waren mir heute nach bereits behilflich, meine Cousine aus der Gewalt des Chevaux des Doreux zu befreien, als diese mit ihr auf dem Wege zur Anstalt des famosen Dr. Beigelstock begriffen waren. Nachdem das Ehepaar Jahnkli nun hinter Schloss und Riegel sitzt, haben sie mich nach Dippoldiswalde begleitet, um auch hier — Halt!" unterbrach er sich, seine Hand auf Koschwiinstl legend, da dieser, schaßl im Gesicht, eine Bewegung nach der Tür des Nebenzimmers hin machte. „Sie werden dieses Zimmer keinesfalls ohne Begleitung verlassen! Ich habe Ihrem Leibjäger bereits befohlen, anzuspannen. Er wird Sie und Ihre Freunde hier in Begleitung dieser beiden Beamten nach Pilzen fahren und der Staatsanwaltschaft übergeben. Vorher aber muß ich Ihnen noch ein paar Zeugen gegenüberstellen, damit Sie nicht etwa denken, Sie auf der Fahrt neue Märchen ausmachen zu können." (Fortsetzung folgt.)

Neue Eisenbahnfahrtpreise.

50 vom Hundert Erhöhung.

Zum 1. Oktober sollen nach amtlicher Mitteilung die Fahrpreise im Eisenbahnpersonenverkehr im allgemeinen um 50 v. H. der jetzt geltenden Sätze erhöht werden. Unter Zugrundelegung eines Kilometerfahrtpreises von 2,025 Mark in der 1., von 1,125 Mark in der 2., von 0,675 Mark in der 3. und von 0,45 Mark in der 4. Klasse werden die Preise für Einzelsahrtkarten sich vom 1. Oktober wesentlich teuer.

Bei Benutzung von Schnellzügen und zusätzlichen Schnellzügen kommen noch folgende Schnellzugzuschläge hinzu: In der 1. Klasse 15 Mark, für die 1. und 2. Klasse 30 Mark, für die 2. Zone (150 Kilometer Entfernung) in der 3. Klasse 30 Mark, in der 1. und 2. Klasse 60 Mark und in der 3. Zone (über 150 Kilometer Entfernung) in der 3. Klasse 45 Mk., in der 1. und 2. Klasse 90 Mark. Als Mindestfahrtpreis ist in der 4. Klasse 2,50 Mark, in der 3. Klasse 3,50 Mark, in der 2. Klasse 6 Mark und in der 1. Klasse 11 Mark berechnet.

Neben diesen Erhöhungen sollen gleichzeitig ab 1. Oktober noch Fahrpreiserhöhungen für die Zeit-, Monats-, Wochen- und Arbeiterrücksahrtkarten sowie für die Schülermonatskarten eintreten, doch stehen hierfür die Erhöhungen noch nicht fest. Der Fahrtelpreis für Hunde wird auf die Hälfte des Fahrtelpreises dritter Klasse festgesetzt, während der Preis der Bahnsteigkarten in Zukunft 1,50 Mark, die Gebühr für die Erlaubnisarten zum Betreten der Bahnsteige zum Ausgeben und Abholen von Zeitungsbahnhofsbriefen auf 30 Mark monatlich festgesetzt wird.

** Zwei Knaben vor dem Ertrinken gerettet. In dem bekannten Badeort Misdray an der Ostsee geht es einem dort weilenden Offizier, zwei Jungen im Alter von 10 und 11 Jahren, die in der Nähe der Seebrücke badeten, vor dem Ertrinken zu retten. Nachdem er den einen Knaben geborgen hatte, wurde auch der zweite Knabe, der bereits bemühtlos auf den Meeresgrund lag, durch Tauchen von ihm gefunden. Nach längeren Wiederbelebungsversuchen konnten beide Knaben wieder ins Leben gerufen werden.

** Wieder ein Zugunglück in Frankreich. In Frankreich ist ein von Albi nach Toulouse fahrender Zug entgleist. Zwei Zugbeamte wurden schwer, verschüttete Reisende und Beamte leicht verletzt.

** Pestfälle in Konstantinopel. In Konstantinopel sind im Galata-Viertel zwei Pestfälle festgestellt worden, von denen einer tödlich verlaufen ist.

** Ungeschickte Grubenkatastrophe in Amerika. Fünf und siezig Bergleute, die ganze Nachschicht einer Grube, wurden in Jackson in Kalifornien infolge eines Brandes verschüttet. Eine Rettungskommission ist nach Jackson unterwegs, um die verschütteten Bergleute zu retten.

Entlassungsfest in der Müller-Schule.

Dippoldiswalde. Nachdem die Besucher der Müller-Schule im Verein Glück zu! oder in sonstigen Freundschaften mehrmals und in den manifistartigen Formen Abschied gefeiert hatten, stand am heutigen Donnerstag vormittag 1/8 Uhr in der Schule selbst offizieller Semesterabschluß (der 80. seit Bestehen der Anstalt) mit kurzer Entlassungsfest statt, zu deren Abschließung Geschwörerstudentrat Direktor Meller einen knappen, klaren Abschluß über moderne Kraftübertragung durch das Lenzgetriebe an Kraftwagen, Lokomotiven und Schiffen gab, wodurch der unangenehme Rückstand bei der Steuerung durch Zahnräder vermieden wird. Zur Retsprüfung hatten sich 74 Schüler gemeldet und zwar: 31. 2 M 40 Schüler, 3 M 18 Schüler, 3 T 16 Schüler, zusammen 74 Schüler. Zurückgetreten 2 Schüler (aus Familiengründen vorher abgereist), bis jetzt keinzeugnis 1 Schüler, zusammen 73 Schüler; blieben 71 Schüler. Zur mündlichen Prüfung wurden 15 Schüler und Karl Koch aus Assenheim aus Kl. 3 M wegen vorzüglichener Auszeichnung aufgefordert. Diese Prüfung wurde unter dem Vorsitz des Ministerialrat Mühmann vorgenommen. Wie gewissenhaft die Nachprüfung gehandhabt wird, zeigt, daß 2 Schülern als nichtbestanden das Reitzeugnis verweigert wurde. Vorschläge der Prüfungskommission: Mit Auszeichnung bestanden 1 Sch. 1 M, gut bestanden 21 Sch. 2 M, 8 Sch. 3 M, 5 Sch. 3 T, bestanden 9 Sch. 2 M, 7 Sch. 3 M, 4 Sch. 3 T, zusammen 56 Schüler; mündliche Prüfung 15 Schüler. Außerdem wegen der geschlagenen Auszeichnung Karl Koch aus Assenheim, Kl. 3 M. Auszeichnungen sollen erhalten: Diplom: Karl Koch aus Assenheim; Belobungen: Herbert Glaßer aus Ober-Langenbach, Stephan Dollny aus Jelenje, Georg Davids aus Cetin, Heinrich Menetrik aus Steinerberg, Emil Niek aus Schmiedau, Otto Petersen aus Lüneburg, Georg Sellack aus Badow, Leo Hoff aus Tauberbischofsheim, Volkmar Richter aus Dippoldiswalde. Ferner sollen Belobungen erhalten: aus Kl. 1: Henry Aubert aus St. Croix,

Hans Bock aus Reher, Walter Buchmann aus Dippoldiswalde, Josef Hammel aus Deutsch-Stolmora, Drago Ljubic aus Stupnik, Max Lücke aus Wendelstein, Berth. Opitz aus Ruda-Süd, Jak. Peikler aus Pawlowitska, Friedrich Raabe aus Nehre, Jak. Reimer aus Dorf Krapikow, Herm. Schiebel aus Nieder-Mohrau; aus Kl. 2 T: Herm. Hantelmann aus Bukarest, Alfred Heidrich aus Brieg, Georg Kaufmann aus Alexanderthal, Ferdinand Schilder aus Altstadt. Nachdem Direktor Meller die Reiseergebnisse an die Abgehenden und das Ehrendiplom an Karl Koch verteilt hatte, überreichte Ah. Tetzl Jähne namens des Ah.-Verbandes des Vereins Glück zu! den beiden Abgehenden Volkmar Richter aus Dippoldiswalde und Emil Niek aus Schmiedau das Glasporch und das Kriegserinnerungsbuch des Ah.-Verbandes, der Freude Ausdruck gebend, daß Schuhfisch und Vereinstreue sich so schön vereinigen lassen. Mit herzlichen Glück- und Segenswünschen an die Scheidenden und ernsten Mahnwörtern an die zurückkehrenden Schloß der Direktor die Entlassungsfest mit kräftigem Glück zu!

Bermischtes.

* Preistilgungen während des Essens. Daß sich die Preise der Lebensmittel in der jetzigen Zeit von einem Tage zum andern ändern, ist uns schon eine so alltägliche Gewohnheit geworden, daß wir uns darüber nicht mehr wundern. Es ist auch keine Seltenheit mehr, daß in den Geschäften am Nachmittag andere Preise verzeichnet stehen, als am Vormittag, und doch, wenn die Abendblätter mit den neuen Devisenberichten erscheinen, fliegen die Preise abermals herausgezogen werden. Den Rekord der Preistilgung dürfte aber doch ein Innsbrucker Gasthof erzielt haben. Auf der Speisekarte dieses Wirtshauses waren ein strenges Vorgehen gegen die Auspländierung deutscher Geschäfte. Der Oberstaatsanwalt in Reisse macht bekannt, daß er jeden Gewerbetreibenden, der die Versorgung der deutschen Bevölkerung mißachtend, Waren an Ausländer verkauft, wegen Beihilfe zum Unternehmen der verbotswidrigen Ausfuhr strafrechtlich verfolgen werde. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien erließ eine besondere Polizeiverordnung, die strenge Maßnahmen gegen den Ausverkauf durch Ausländer erläutert, und wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung mit der Bitte um tatkräftige Unterstützung. Die Handelskammer empfiehlt gegen den Ausverkauf das Mittel der Erhebung eines hohen Preisausschlags bei der Abgabe von Waren an Ausländer.

Französische Sonderaktion.

Paris, 31. August. Man muß mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Delegierten nach dem Scheitern ihres letzten Kompromißvorschlags sich auf die Seite Frankreichs stellen und gegen ein Moratorium stimmen werden. In diesem Falle würde das Moratorium mit 2:3 Stimmen bei Stimmenthalt des französischen Vorsitzenden Dubois abgelehnt werden. Die weitere Entwicklung dürfte dann die sein, daß die Reparationskommission Deutschland zunächst anfordert, die am 17. August fällig gewesene und aufgehobene Zahlung binnen wenigen Tagen zu leisten und daß dann, wenn dies nicht geschieht, von Seiten Frankreichs der Antrag gestellt wird, eine vorläufige Schulden Deutschlands festzustellen. Wenn dieser französische Antrag von der Reparationskommission abgelehnt wird, wird die Frage der französischen Sonderaktion aufgekommen.

Gegen das Pressepolizeigesetz.

Koblenz, 31. August. Die Rheinlandkommission hat die Durchführung des Gesetzes über die Erhöhung der Ausfuhrabgaben zur Unterstützung der deutschen Presse im besetzten Gebiet verboten.

Maßnahmen gegen den Ausverkauf durch Ausländer.

Breslau, 30. August. Die in den letzten Wochen in den schlechteren Grenzbezirken und besonders in Breslau immer sichtbarer werdende Invasion valutastarker, auskäuferischer Ausländer, vor allem aus der Tschecho-Slowakei, hat die Behörden veranlaßt, besondere Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Der Landrat des Kreises Görlitz wendet sich scharf gegen den Ausverkauf und fordert weitgehende gesetzliche Unterlagen für ein strenges Vorgehen gegen die Auspländierung deutscher Geschäfte. Der Oberstaatsanwalt in Reisse macht bekannt, daß er jeden Gewerbetreibenden, der die Versorgung der deutschen Bevölkerung mißachtend, Waren an Ausländer verkauft, wegen Beihilfe zum Unternehmen der verbotswidrigen Ausfuhr strafrechtlich verfolgen werde. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien erließ eine besondere Polizeiverordnung, die strenge Maßnahmen gegen den Ausverkauf durch Ausländer erläutert, und wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung mit der Bitte um tatkräftige Unterstützung. Die Handelskammer empfiehlt gegen den Ausverkauf das Mittel der Erhebung eines hohen Preisausschlags bei der Abgabe von Waren an Ausländer.

**Heinrich Herbert Schmidt
Gertrud Schmidt geb. Graf**

Vermählte

Dippoldiswalde, den 31. August 1922

Beamter sucht zum möbliertes Zimmer
1. September
eventuell mit voller Vergütung. Angeb. u. „S.“ a. d. Geschäftsstelle

Junges Mädchen als Aufwartung für den ganzen Tag sucht für solo t

Regierungsbeamter zum 1. September

Einige tüchtige

Stuhlbaumer

werden sofort gesucht. Desgleichen

Hausarbeiter

Holz und Material kann evtl. von uns geliefert werden.

F. Schmidt & Co., Rabenau.

Stern - Lichtspiele.

Freitag und Sonntag abends 19 Uhr

der große, prächtige Doppelkinoplan.

Das wunderbare Holländische Drama:

,Der ewige Kampf“

Ein glänzendes Drama vor überwältigender Wirkung in 4 Akten.
In der Hauptrolle die große Künstlerin

Außer diesem herausragenden Werk das großartige italienische Drama:

,Gioconda“

4 Akte! Hauptdarstellerin: Helene Matossowa.

Um zahlreichen Besuch bitten. G. Küster.

Eiche Blüte Blüte Deichsche-Riebau u. Eiche.

jedes Quantum, stehend oder liegend, sofort zu kaufen gesucht.

F. Schmidt & Co., Rabenau,

Telephone Freital 50.

Freuen, Erfreut Berlin

Freitag abends Café Schwarz.

Unmoderne Hüte

werden wieder auf neu vorge-

richtet in der

Färber-Kunst.

Habe auf Lager und gebe zu noch sehr billigen Preisen ab

Maschineöl

zum Deilen von landw. Maschinen, Transmissions etc.

Ketten- u. Zentrifugenöl

Wagenfett

3. Löse, Rohlen- und Produktengeschäft.

Wir geben für Abholer

Fleisch

Sonnabend

Wurst

Rohschlächterei Schöse

Wochenkarten

für 6 Nummern der „Weißeritz-Zeitung“ zum Preise von 20 Mark aus, die an jedem Tage entnommen werden können.

Verlag der „Weißeritz-Zeitung“